

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates
vom Dienstag, 27. Juli 2004

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer/in: Napieralla

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, stellv. Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Platzer, Schurer B. und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, Berberich, Brilmayer F. (ab 19.30 Uhr), Gietl, Heilbrunner, Lachner, Mühlfenzl, Nagler, Schechner A., Schechner M. jun., Schechner M. sen., Schuder und Schurer R..

Entschuldigt fehlten die Stadträtinnen Dr. Luther und Rauscher sowie die Stadträte Krug und Riedl.

Herr Napieralla nahm beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest.

Es lagen keine Bürgeranfragen vor.

TOP 1

Besichtigung des umgestalteten und renovierten städtischen Bauhofes
öffentlich

Bürgermeister Brilmayer und alle Stadtratsmitglieder trafen sich zur Besichtigung des städtischen Bauhofes am Paulhuberweg 1. Nach einem Rundgang und Besichtigung aller Umbau- und Renovierungsmaßnahmen wurde einvernehmlich festgestellt, dass hier mit geringen finanziellen Mitteln sehr gute Arbeits- und Aufenthaltsräume für das städtische Bauhofpersonal geschaffen wurden. Damit kann bis auf weiteres das Ziel aufgegeben werden, den Bauhof vom Paulhuberweg nach Hörmannsdorf zu verlegen.

Ausdrücklich wurde von allen Stadtratsmitgliedern die hervorragende Arbeitsleistung und die große Eigeninitiative für den vollbrachten Bauhofumbau durch das Bauhofpersonal gewürdigt. Stellvertretend wurde dem Leiter des städtischen Bauhofes, Herrn Ernst Zimmermann, Lob und Dank ausgesprochen.

TOP 2

Ehrungen
öffentlich

Bgm. Brilmayer ehrte die Feuerwehrkameraden Peter Binder (FFW Egglburg), Georg Messerer, Martin Niedermaier und Josef Niedermeier (alle FFW Oberndorf) mit der kleinen Silbermünze der Stadt für 25-jährige aktive Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr.

Anschließend ehrte Bgm. Brilmayer und Kreisbrandrat Bullinger die Feuerwehrkameraden Thomas Steidler, Christian Albrecht, Andreas Reischl, Alois Niedermeier und Bernhard Wagner (alle FFW Ebersberg), sowie Peter Baumann (FFW Oberndorf) jeweils mit einer Hochwasser-Medaille und einer Dankesurkunde des Landes Sachsen-Anhalt für den geleisteten Einsatz während des Zeitraums vom 16. bis 20.08.2002 in Dessau.

TOP 3

Haushalt 2004;
Situationsbericht

öffentlich

Zum Stand 23.07.2004 teilte Stadtkämmerer Napieralla dem Stadtrat folgendes mit:

Der von Ihnen am 25.05.2004 beschlossene Haushaltsplan (einschließlich Haushaltssatzung) 2004 wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde in rechnerischer, formeller und sachlicher Hinsicht geprüft und mit Schreiben vom 21.06.2004 mit einer Auflage erteilt, da die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt noch im Einklang stehen. Die Auflage lautet:

- Für die kostenrechnenden Einrichtungen Abfallbeseitigung, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung sind weiterhin kostendeckende Entgelte zu erheben.

Diese Auflage wird von der Stadt voll und ganz erfüllt. Zeitgerecht werden die entsprechenden Kalkulationen durchgeführt und kostendeckende Entgelte erhoben.

Zusätzlich wurde von der Rechtsaufsicht ausgeführt:

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Stadt erhebliche Anstrengungen unternommen hat, das enorme Defizit im Verwaltungshaushalt zu minimieren. Im Verwaltungshaushalt wurde eine große Anzahl von Sparmaßnahmen realisiert bzw. angestoßen. Entsprechend der Grundsätze der Einnahmebeschaffung erhebt die Stadt kostendeckende Entgelte für die kostenrechnenden Einrichtungen Abfallbeseitigung, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung. Konzessionsabgaben für Strom und Gas werden erhoben. Eine Straßenausbaubeitragssatzung ist vorhanden. Die Hebesätze für die Grundsteuern A und B bzw. für die Gewerbesteuer liegen bereits bei 300/300/330 v.H.

Vor diesem Hintergrund sahen wir uns trotz der angespannten finanziellen Verhältnisse in der Lage, den Kredit in Höhe von 494.100 Euro rechtsaufsichtlich zu genehmigen. Nach der für uns nachvollziehbaren Finanzplanung kann davon ausgegangen werden, dass ab 2005 die ordentlichen Tilgungen wieder aus Mitteln des Verwaltungshaushalts erwirtschaftet und darüber hinaus laufende Mittel – wenn auch in relativ geringem Umfang – für investive Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden können.

Angesichts der angespannten Finanzlage hielten wir es für notwendig, die rechtsaufsichtliche Genehmigung der Kreditaufnahme mit der Auflage zu verbinden, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung und Wasserversorgung weiterhin kostendeckende Entgelte erhoben werden. Dieser Grundsatz ergibt sich ohnehin aus Art. 8 Abs. 3 KAG.

Hauptursachen für die Finanzkrise sind die immer noch ausstehende echte Gemeindefinanzreform, die teilweise vorgezogene Einkommensteuer-Reform, die Auswirkungen des schleppenden Konjunkturverlaufs und der hohen Arbeitslosigkeit insbesondere auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die Umlagenbelastung sowie die Mitfinanzierung der Deut-

schen Einheit, für die in 2004 brutto ca. 863.000 Euro aufzuwenden sind. Auch die Folgekosten der Investitionen sowie die Reduzierung und verzögerte Auszahlung von staatlichen Zuwendungen fallen ins Gewicht.

Trotz der Sparmaßnahmen ist die Stadt in 2004 nicht mehr in der Lage, den Verwaltungshaushalt mit laufenden Einnahmen auszugleichen. Es ist eine Zuführung aus Mitteln des Vermögenshaushalts in Höhe von (netto) 4.000 Euro erforderlich (Zuführung zum Vermögenshaushalt: 796.000 Euro, Zuführung zum Verwaltungshaushalt: 800.000 Euro). Aus unserer Sicht muss die Zuführung von Mitteln des Vermögenshaushalts an den Verwaltungshaushalt eine Ausnahme bleiben. Dieser Transfer führt nämlich zu einem Substanzverzehr, der nicht über einen längeren Zeitraum hinnehmbar ist. Nach § 22 KommHV muss an den Vermögenshaushalt zumindest eine Zuführung in Höhe der ordentlichen Tilgungen erfolgen, soweit dafür nicht Ersatzdeckungsmittel bereitstehen. Kredite hat die Stadt zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts nicht aufgenommen.

Vor einer Entscheidung über neue Investitionen wird künftig verstärkt zu analysieren sein, ob und ggf. wie deren Finanzierung und die Bewältigung der Folgekosten sichergestellt werden können. Wir bitten weiterhin die Grundsätze der Einnahmebeschaffung strikt zu beachten. Oberste Priorität wird auch künftig einer äußerst sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zukommen. Dies ist Voraussetzung dafür, dass die Stadt die „stetige Erfüllung ihrer Aufgaben“ auch in Zukunft sicherstellen kann.

Im Hinblick auf die angespannte Finanzlage weisen wir vorsorglich darauf hin, dass freiwillige Aufgaben nur realisiert werden dürfen, wenn entsprechende Finanzierungsspielräume vorhanden sind und die Pflichtaufgaben nicht vernachlässigt werden.

Wir weisen ferner darauf hin, dass Ausgabemittel des Vermögenshaushalts nur in Anspruch genommen werden dürfen, soweit Deckungsmittel rechtzeitig bereitgestellt werden können. Dabei darf die Finanzierung anderer, bereits begonnener Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden.

Schließlich machen wir vorsorglich darauf aufmerksam, dass wir Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen rechtsaufsichtlich grundsätzlich nur genehmigen können, soweit der Haushalt bzw. der Finanzplan entsprechende Finanzierungsspielräume aufweist. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass die ordentlichen Tilgungen über die Zuführung aus Mitteln des Verwaltungshaushalts erwirtschaftet werden.

Weiter teilte Stadtkämmerer Napieralla mit:

Da der Sparhaushaltsplan 2004 zeitlich relativ spät aufgestellt und somit auch genehmigt wurde, haben sich somit insbesondere die Ausgaben für Investitionen nach hinten verschoben. Jedoch hatte der relativ späte Zeitpunkt der Genehmigung keine Auswirkungen auf die laufenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt. Es ergeben sich somit zum Stichtag 23.07.2004 die in **Anlage 1 zusammengefassten** Gesamtzahlen.

Weiter erläuterte Stadtkämmerer Napieralla dem Stadtrat kurz die aktuelle Haushaltsüberwachungsliste und nahm kurz Stellung zu den Haushaltsstellen, bei denen mit erheblichen Abweichungen nach dem Haushaltsplan 2004 nach oben bzw. nach unten zu rechnen ist. Hierbei ging er insbesondere auf die zufriedenstellende Entwicklung der Gewerbesteuerentnahmen (**siehe Anlage 2**) ein.

Zum Schluss führte Stadtkämmerer Napieralla aus:

Abschließend möchte ich unsere Finanzlage zum 23.07.2004 nach dem Sparhaushalt 2004 als zufriedenstellend bezeichnen, möchte aber noch ausdrücklich auf vier Punkte hinweisen:

1. Das Haushaltsjahr ist noch nicht zu Ende. In etwa den gleichen Verlauf konnten wir bis Jahresmitte 2003 ebenfalls verzeichnen, dennoch mussten wir im November erstmals eine Haushaltssperre erlassen
2. Bei dem jetzigen zufriedenstellenden Haushaltsverlauf darf nochmals an die Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 2003 erinnert werden. Diese unrentierlichen Schulden wollen wir zurückbezahlen
3. Der jetzige zufriedenstellende Verlauf der Gewerbesteuereinnahme zwingt mehr oder weniger schon zur Weitsicht auf 2006, wo wir voraussichtlich eine entsprechend hohe Kreisumlage zu bewältigen haben. Es ist deshalb dringend eine Rücklagenbildung vorzunehmen
4. Nicht ganz zufriedenstellend kann der Fortschritt der Verkäufe der eingeplanten Grundstücksgeschäfte im Vermögenshaushalt bezeichnet werden (Stichpunkte: Grundstück an der Ringstraße, noch freies Grundstück im Gewerbepark, Grundstücke im Erbbaurecht, Friedenseiche V, Staudenraushaus u.a.)

Stadtkämmerer Napieralla bedankte sich noch bei allen Beteiligten, die geholfen haben den Sparhaushalt 2004 aufzustellen und vor allen Dingen bei denjenigen, die heuer mithelfen, den Sparhaushalt umzusetzen.

Abschließend wurden noch die gestellten Fragen vom 1. Bürgermeister Brilmayer und Stadtkämmerer Napieralla ausführlich beantwortet.

Aus der Mitte des Ausschusses wurden noch folgende Punkte kurz diskutiert:

- Es ist zu befürchten, dass die derzeitige positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen durch die Kosten von „Hartz IV“ über die Kreisumlage zunichte gemacht wird. Lt. Berechnungen des Landratsamtes kostet Hartz IV dem Landkreis ca. 2,9 Mio. €. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass durch künftig steigende Umlagen (z.B. Bezirksumlage, weil Bundesgesetzgebung sich hinsichtlich Sozialhilfe kostensteigernd auswirke) und sinkende Zuschüsse das Konnexitätsprinzip umgangen wird. Auch seien letztendlich die Kommunen die Leidtragenden der Sparpolitik von Bund und Land.
Dem wurde entgegen gehalten, dass das Gesetz zu Hartz IV eine Revisionsklausel beinhalte, nach der die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen jeweils nach Ablauf der ersten beiden Quartale überprüft und -soweit notwendig- nachgebessert werden. Auch bei dem Gesetz zur Grundsicherung sei Anfangs mit viel zu hohen Kosten für die Kommunen politisiert worden.
- Der städtische Bauhof sollte wirklich nur Pflichtaufgaben erledigen (jedoch z.B. keine Möbelfertigung für Rathaus-Büroräume)
- einerseits könne vorsichtig „Entwarnung“ hinsichtlich der sehr angespannten Finanzlage gegeben werden und
- andererseits darf man nicht in Euphorie verfallen und die in der Vergangenheit hart erwirtschafteten Einsparpotentiale wieder opfern (es sind noch unrentierliche Schulden zurückzuzahlen)

Abschließend nahm das Stadtratsgremium einvernehmlich den Haushaltszwischenbericht insgesamt positiv zur Kenntnis.

TOP 4Feststellung der Jahresrechnung 2003

öffentlich

Stadtkämmerer Napieralla teilte dem Gremium Folgendes mit:

Die Stadtkämmerei hat die Jahresrechnung 2003 mit allen Anlagen fristgerecht erstellt. Der Rechnungsprüfungsausschuss des Stadtrates, bestehend aus der stellvertretenden Bürgermeisterin Anhalt, Stadträtinnen Frau Gruber und Frau Schurer und Herrn Stadtrat Gietl, hat die Jahresrechnung in der Zeit vom 28.06. bis 29.06.2004 eingehend geprüft und über die Prüfung eine Niederschrift angefertigt und vorgelegt. Während der Rechnungsprüfung stand Bürgermeister Brilmayer, uns alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Rathausverwaltung für alle Fragen, Hinweise bzw. Anregungen zur Verfügung.

Die Endzahlen des Rechnungsjahres 2003 lagen dem Prüfungsausschuss zur Beratung vor. Die Prüfung hat insgesamt keine Beanstandungen ergeben, die zu einer Änderung der Abschlusszahlen (**siehe Anlage 3**) führen würden.

Darüber hinaus wurde festgestellt:

1. Die Haushaltsplanansätze wurden eingehalten
2. Der rechtzeitige Eingang der Einnahmen
3. Bei Stundungen, Niederschlagungen und Erlässen wurde ordnungsgemäß entsprechend der Geschäftsordnung verfahren
4. Die Beschlüsse des Stadtrates und der Ausschüsse wurden korrekt ausgeführt
5. Alle Ausgaben wurden als notwendig und angemessen angesehen und korrekt gebucht
6. Sämtliche überprüften Buchungen waren ausreichend belegt
7. Die Vermögensgegenstände sind vollzählig erfasst

Bei weiteren Prüfungen bzw. Besichtigungen vor Ort wurden folgende Punkte im Prüfbericht festgehalten:

1. Stadtarchiv

Die städtischen Gemälde und Exponate sind erst teilweise katalogisiert und befinden sich „ungeschützt“ im Archiv-Dachbodenspeicher. Der Wert der gekauften Bilder beträgt ca. € 30.000; es sind aber noch viele Bilder noch nicht bewertet. Es sollten dringend alle Werke vollständig katalogisiert bzw. registriert, bewertet und fotografiert werden.

Hierzu benötigt die Leiterin des Stadtarchivs dringend für eine Übergangszeit Hilfe von einer/einem Rathausmitarbeiterin bzw. –mitarbeiter. Außerdem wird dringend empfohlen, dass in ausreichender Zahl Schubladenschränke für die sach- und fachgerechte Exponatablage angeschafft bzw. durch den städtischen Bauhof angefertigt werden. Außerdem solle die bestehende Versicherung nochmals überprüft werden.

Der einbehaltene 10% Anteil von Verkaufserlösen aus den laufenden Ausstellungen im Rathaus reicht nicht aus, um die bestehende Galeriebeleuchtung auszubauen (außerdem kann aus technischen Gründen die Beleuchtung ohnehin nicht mehr aufgewertet werden). Aus diesen Gründen sollte über einen vollständig neuen Beleuchtungskörper im Rathausobergeschoss nachgedacht werden.

Antwort/Stellungnahme der Kämmerei:

Nach Besichtigung der städtischen Kunstsammlung durch die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses zusammen mit Bürgermeister Brilmayer und stellvertretender Geschäftsleiterin Pflieger - unter der Leitung von Frau Berberich - wurde einvernehmlich vereinbart:

- der Gesamtsachverhalt „städtische Kunstsammlung“ (einschl. Versicherung) und „Beleuchtung Rathausgalerie“ soll Tagesordnungspunkt auf einer der kommenden Sozialausschusssitzungen sein
2. Trinkwasserversorgung

Die im letzten Jahr vom Rechnungsprüfungsausschuss monierten Rohrbrüche konnten mittlerweile beseitigt werden; noch vorhandene defekte Hauswasseranschlüsse werden weiterhin nach und nach saniert. Die angemieteten Büroräume für die Wasserwarte wurden inzwischen aufgelöst und in den neu umgebauten Bauhof verlegt (Kostensparnis ca. € 4.000). Gleichzeitig wurde auch das Büro unseres Technikers in den Bauhof verlegt und ersparte so weitere Umbaukosten im Rathaus.

3. Um- und Ausbau unseres städtischen Bauhofes am Paulhuberweg

Der Um- und Ausbau unseres städtischen Bauhofes wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss im Prüfbericht ausdrücklich gelobt.

4. Kosten der Brand- und Einbruchsmeldeanlage im Museum Wald und Umwelt

Hier stellte der Rechnungsprüfungsausschuss fest, dass insbesondere durch Fehlalarme hohe Kosten entstehen. Auch Kosten für reguläre Kundendienste seien relativ hoch.

Hier gab der Rechnungsprüfungsausschuss die Empfehlung, ein zusätzliche edv-technische Investitionsanschaffung von ca. € 2.500 bis € 3.000 zu prüfen, welche es ermöglicht, Fehlalarme selbst zurückzustellen bzw. die Anzahl der Kundendienste zu vermindern. Die Investition könnte sich nach zwei bis drei Jahren amortisieren.

Antwort/Stellungnahme der Kämmerei:

Die Stadtkämmerei hat bereits unseren Techniker Herrn Bürgmayr beauftragt, diesen Vorschlag zu prüfen und ggf. umzusetzen.

Abschließend bedankte sich Bürgermeister Brilmayer und Stadtkämmerer Napieralla bei den Mitgliedern des Prüfungsausschusses für die geleistete Arbeit und beantragten die geprüfte Jahresrechnung 2003 nach der Besprechung der Prüfungsniederschrift mit den vorgelegten Endzahlen gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen.

Einstimmig mit 21 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat die Jahresrechnung 2003 festzustellen.

TOP 5

20. FNP-Änderung – Baumarkt;
Ergänzung des Erläuterungsberichtes,
erneuter Feststellungsbeschluss
öffentlich

TA 20.07.04, TOP 15

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

TOP 6

21. FNP-Änderung – Gmaird Nord-Ost -;

- a) Behandlung der eingegangenen Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
 b) weiteres Verfahren

TA 22.06.04, TOP 12

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer zitierte die Beschlussabschrift aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Technischen Ausschusses vom 22.06.04:

- a) Behandlung der eingegangenen Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB.
 Die öffentliche Auslegung fand in der Zeit vom 14.05.2004 bis einschl. 14.06.2004 statt. Dabei sind weder von Bürgern, noch von den Trägern öffentlicher Belange Anregungen vorgebracht worden.
- b) weiteres Verfahren
 Einstimmig mit 8 : 0 Stimmen beschloss der Technische Ausschuss dem Stadtrat die Feststellung der 21. FNP-Änderung in der Fassung vom 27.11.2003 zu empfehlen.

Der Stadtrat nahm die Empfehlung zur Kenntnis und fasste einstimmig mit 21 : 0 Stimmen den entsprechenden Feststellungsbeschluss.

TOP 7

Europäischer Biotopverbund „Natura 2000“;
 Nachmeldung schutzwürdiger Flächen nach der Flora-Fauna-Habitat-(FFH)-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Union (EU);
 Dialogverfahren zur Anhörung der Öffentlichkeit

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer erläuterte anhand eines Lageplans über den Tageslichtprojektor, welche Gemeindeflächen innerhalb der FFH-Schutzgebietsausweisung und welche außerhalb liegen. Dabei zeigte er absolutes Unverständnis über das grundsätzliche Verfahren der Ausweisung und die Tatsache, dass die Flächen der privaten Waldbauern innerhalb liegen und die Flächen des Staatsforstes außerhalb. Die Waldflächen von rund 60 Privatbesitzern aus dem Landkreis sollen als FFH-Flächen ausgewiesen werden, darunter befinden sich auch ca. 27 ha Wald der Stadt Ebersberg. Es sei zu befürchten, dass deshalb die entsprechenden Flächen mit einem Wertverlust belegt werden.

Grundsätzlich halte er den beabsichtigten Schutz der „Bechstein-Fledermaus“ auf den Flächen am südlichen Rande des Ebersberger Forstes für eine gute Sache, doch das Verfahren, das von Brüssel einfach übergestülpt wird, erinnert an eine Bananenrepublik und hat seiner Ansicht mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun. In diesem Zusammenhang befürwortet er grundsätzlich die Resolution, welche private Waldbauern verfasst haben (**siehe Anlage 4**).

In der anschließenden engagierten und regen Diskussion war man sich zwar hinsichtlich der Mängel des Verfahrensablaufs weitgehend einig, aber insbesondere wurden folgende Argumente für und gegen die Resolution vorgetragen:

Pro:

- Bei der Schutzgebietsausweisung handle es sich nicht um ein Dialogverfahren, weil die Betroffenen vor vollendeten Tatsachen gestellt werden.

- Die Bechstein-Fledermaus könnte genau so gut in Flächen des Staatsforstes geschützt werden. Hierzu könnte auch der Staat entsprechenden Mischwald anpflanzen.
- Es solle nur der auf Gewinn orientierte Betrieb Staatsforst nicht „geschädigt“ werden.
- Es sollen keine Nachteile für den vor der Privatisierung stehenden Staatswald eintreten.
- Grundsätzlich sollte man die Resolution der Privatbauern unterstützen.
- Das Verfahren darf und soll ohne weiteres als „skandalös“ bezeichnet werden.
- Es sollte auch ein gesondertes Schreiben an das Umweltministerium verfasst werden.
- Der Verkehrswert der Waldflächen würde sinken.

Contra:

- Die FFH-Richtlinien würden kein Eigentum „beschneiden“ und keine Einkommensbeschränkung darstellen.
- Randgebiete (Mischwälder zur Wohnbebauung) vor dem einheitlichen Staatsforst sein einfach schützenswerter.
- Die Werte der Grundstücke bzw. die Beleihungswerte würden nicht sinken, da die Flächen weiterhin voll bewirtschaftet werden können und weil auch FFW-Zuschusstöpfe ggf. in Anspruch genommen werden können.
- Die standorttreue Bechstein-Fledermaus würde ihren Standort nicht verlegen, auch wenn das Schutzgebiet auf den Staatsforst verlegt wird.
- Bei der Schutzgebietsausweisung seien grundsätzlich städtische Belange nicht betroffen, deshalb sei auch kein notwendiges Handeln hinsichtlich der geplanten Resolution der Privatbauern zu erkennen.

Nach Abschluss der Diskussion wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Antrag von Stadtrat Schechner M. sen. auf namentliche Abstimmung

Mit 4 : 17 Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt.

2. Antrag der Verwaltung auf grundsätzliche Unterstützung und Begrüßung, dass FFH-Schutzgebiete ausgewiesen werden .

Mit 19 : 2 Stimmen wurde diesem Antrag zugestimmt.

3. Antrag der Verwaltung, dass das Ziel der verfassten Resolution der Waldbauern unterstützt wird.

Mit 14 : 7 Stimmen wurde diesem Antrag zugestimmt.

4. Antrag der Verwaltung, dass von der Stadt Ebersberg die jetzt vorliegenden Flächenfestlegungen so nicht als angemessen empfunden werden, zumal auch keine fachliche Begründung aus den Unterlagen zu entnehmen ist.

Mit 14 : 7 Stimmen wurde diesem Antrag zugestimmt.

TOP 8Festlegung der Sitzungsferien 2004

öffentlich

Einstimmig mit 21 : 0 Stimmen legte der Stadtrat die Sitzungsferien von 02.08.2004 bis 10.09.2004 .

TOP 9Ferienausschuss des Stadtrates;
Benennung der Mitglieder

öffentlich

Die CSU Fraktion benannte folgende Mitglieder für den Ferienausschuss 2004:
Stadträtin Hülser, Stellvertreter Stadtrat Abinger
Stadträtin Dr. Luther, Stellvertreter Stadtrat Schechner M. jun.
Stadtrat Schuder, Stellvertreterin Stadträtin Gruber
Stadtrat Lachner, Stellvertreterin 2. Bgm.in Anhalt

Die SPD Fraktion benannte folgende Mitglieder für den Ferienausschuss 2004:
Stadträtin Warg-Portenlänger, Stellvertreterin Stadträtin Rauscher
Stadträtin Platzer, Stellvertreter Mühlfenzel

Die UWG Fraktion benannte folgendes Mitglied für den Ferienausschuss 2004:
Stadtrat Gietl, Stellvertreter 3. Bgm. Ried

Die Fraktion der GRÜNEN benannte folgendes Mitglied für den Ferienausschuss 2004:
Stadtrat Berberich, Stellvertreter Stadtrat Schechner A.

TOP 10Verschiedenes

öffentlich

a) Ampel an der B 304 (Höhe Aldi)

Bürgermeister Brilmayer teilte dem Stadtratsgremium mit, dass nach langen Verhandlungen nunmehr das Straßenbauamt die beantragte Aufstellung einer Verkehrsampel angeordnet hat. Diese Anordnung ist verbunden mit der städtischen Zusage, dass der Betrieb der Ampel zu Zeiten, wenn die Schulkinder die Straße überqueren, mit einem Schülerlotsen zusätzlich gesichert ist.

Darüber hinaus wurde von der Stadt eine Zusage für eine Zwischenfinanzierung (voraussichtlich ca. € 2.000) für ein/zwei Jahre gegeben, an welcher sich die Elternbeiräte der Grund- und Hauptschule sowie der Realschule beteiligen sollen. Vielleicht können für die Zwischenfinanzierung auch die Lebensmittelmärkte Aldi und der zukünftige Lebensmittelmarkt EDEKA gewonnen werden.

An der letzten Verhandlungsbesprechung waren Vertreter des Landratsamtes, des Straßenbauamtes, Frau Baumann-Affelt, Stadträtin Rauscher und Bürgermeister Brilmayer beteiligt.

Der Stadtrat begrüßte sehr das Aufstellen der Ampel. Aus der Mitte des Gremiums kam einvernehmlich die Bitte, die Zwischenfinanzierung ohne die Beteiligung der Elternbeiräte zu bewältigen. Zusätzlich soll auch geprüft und nachgefragt werden, ob sich die Kreisverkehrswacht an den Zwischenfinanzierungskosten beteiligt.

b) Bürgerversammlung

Bürgermeister Brilmayer teilte mit, dass heuer die Bürgerversammlung am Mittwoch, den 24.11.2004 stattfindet.

Hierzu forderte Frau Stadträtin Warg-Portenlänger, dass der Termin auf den Ortseingangstafeln bekannt gemacht werden solle.

c) Sanierung der Arkaden an der Heinrich-Vogl-Straße

Bürgermeister Brilmayer teilte mit, dass die beschränkte Ausschreibung der Sanierungsarbeiten folgendes Ergebnis gebracht hat:

| | |
|---|---------------------------------|
| 1. Bietergemeinschaft Fa. Glas / Fa. Hülser | € 43.560,20 (abzügl. 2% Skonto) |
| 2. Fa. Humps | € 59.585,14 |
| 3. Fa. Heilbrunner (nur Malerarbeiten) | € 7.696,37 |

Einstimmig mit 19 : 0 Stimmen beschloss der Stadtrat den Auftrag an die Bietergemeinschaft Glas/Hülser zu vergeben.

Stadträtin Hülser und Stadtrat Heilbrunner nahmen gemäß Art. 49 GO nicht an der Abstimmung teil.

TOP 11Wünsche und Anfragen

öffentlich

Es wurden keine Wünsche und Anfragen vorgetragen.

Beginn der nicht öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
 Ende der nicht öffentlichen Sitzung: 22.30 Uhr

Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Brilmayer
 Sitzungsleiter

Napieralla
 Schriftführer